

## **Erste Regionalkonferenz der Region Ost**

**für E&C-Akteure und Interessierte der  
Bundesländer Berlin, Brandenburg,  
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,  
Sachsen-Anhalt und Thüringen**

Dokumentation zur Veranstaltung  
vom 11. Juni 2001 in Dessau

Eine Veranstaltung des



Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt

Im Auftrag der Regiestelle E&C der

Stiftung SPI

Im Auftrag des



Bundesministerium  
für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Narzarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30. 457 986 – 0  
Telefax: 0 30. 45798 650  
Internet: [www.eundc.de](http://www.eundc.de)  
Email: [regiestelle@eundc.de](mailto:regiestelle@eundc.de)

Ansprechpartner für die E&C-Standorte Region Ost:  
Rainer Schwarz  
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die Regionalkonferenzen Ost:  
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik  
Landesbüro Thüringen / Sachsen-Anhalt  
Thomas-Mann-Straße 13a  
07 743 Jena  
Telefon 03641/4218 – 47  
Telefax 03641/4218 – 49  
Email: [ISS.Jena@t-online.de](mailto:ISS.Jena@t-online.de)

# Inhalt

- 4 **Vorbemerkung**
- Hartmut Brocke, Einführungsreferat
- 5 **Die Programmphilosophie E&C**
- Brigitte Voß, Einführungsreferat
- 8 **Quartiers- und Stadtteilmanagement:  
Möglichkeiten und Chancen sowie  
Schnittstellen in die Jugendhilfe**
- Sabine Bräunicke, Arbeitsgruppe 1
- 13 **Ohne Ehrenamt läuft nichts?!  
Wunsch und Wirklichkeit – ein Erfahrungsaustausch am Beispiel des Kyffhäuserkreises**
- Uwe Lummitsch, Arbeitsgruppe 2
- 18 **Quartiers-/Stadtteilmanagement: Wer macht was mit wem?  
Das Beispiel Wolfen-Nord**
- Axel W. Markmann, Arbeitsgruppe 3
- 22 **Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen am Beispiel des Kreisdiakonischen Werkes Stralsund**
- 28 **Resüme  
Ausgestaltung zukünftiger Regionalkonferenzen Ost**
- 29 **Tagungsprogramm**

## Vorbemerkung

Die Regionalkonferenzen der Region Ost wenden sich an die Akteure des E&C-Programms in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, den am Programm Interessierten zweimal im Jahr

- einen intensiven Erfahrungsaustausch zu ermöglichen,
- das Fachwissen zu vertiefen und
- das Netzwerk von ExpertInnen zu erweitern.

Zur ersten Regionalkonferenz am 11. Juni 2001 trafen sich in Dessau über achtzig Akteure freier und öffentlicher Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Soziales, Arbeit und Stadtentwicklung.

Die Beiträge des Vormittags bezogen sich auf die Intentionen, die das BMFSFJ (Peter Kupferschmid) mit dem Programm „E&C“ verbindet und auf die Programmphilosophie (Hartmut Brocke, Stiftung SPI). Nach den Einführungsstatements nutzten die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, ihre Anmerkungen, Fragen und Probleme mit den beiden „E&C“-Verantwortlichen zu diskutieren. In der Dokumentation ist der Einführungspart unter dem Titel „Die Programmphilosophie E&C“ zusammengefasst. Das Einführungsreferat von Brigitte Voß eröffnete die Diskussion zum E&C-Programmschwerpunkt „Quartiers- und Stadtteilmanagement“. Von besonderer Bedeutung waren die Möglichkeiten und Grenzen von Quartiers- und Stadtteilmanagement sowie die Schnittstellen in die Jugendhilfe.

Vor dem Hintergrund der bisher sehr unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der E&C-Standorte in den neuen Bundesländern und Berlin ist der systematische Praxistransfer für den Aufbau der Vernetzung der beteiligten Akteure von besonderer Bedeutung. Um einen intensiven Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, wurde der Diskurs am Nachmittag in Arbeitsgruppen fortgesetzt. Als Einstieg in die Programm-Module

- Netzwerke und Ehrenamt im ländlichen Raum
- Quartiers- und Stadtteilmanagement
- Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen

wurde jeweils ein Praxisbeispiel vorgestellt. Im Anschluss tauschten sich die TeilnehmerInnen über erste Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen der Programmarbeit aus. Die Beispiele sowie die Zusammenfassung der Diskussion sind im folgenden dokumentiert.

Das Resümee gibt die Wünsche und Anregungen der TeilnehmerInnen zur Gestaltung zukünftiger Regionalkonferenzen Ost wieder.

## Die Programmphilosophie E&C

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen Schwerpunkt gesetzt, um jungen Menschen aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklung und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. „E&C“ setzt kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in den gesellschaftlichen Politikbereichen: Soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder, Jugendhilfeförderung, Unterstützung der Familien, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, Hilfen in besonderen Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Steuerungsinstrumente sowie gebietsbezogene Bündelung von Ressourcen. Die Programmplattform „E&C“ versteht sich als Partnerprogramm der Bund-/Ländergemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“. Die Gebiete der „Sozialen Stadt“ sind gleichzeitig Programmgebiete von „E&C“. Hinzu kommen bei der Programmplattform „E&C“ 13 bundesweit mit den Ländern ausgewählte Standorte im ländlichen Raum. Mit der Umsetzung des Programms ist die Stiftung SPI (Regiestelle E&C), mit der wissenschaftlichen Begleitung das Deutsche Jugendinstitut München beauftragt.

Der Programmplattform „E&C“ sind sog. Programmmodule zugeordnet, wie z. B.

- das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ)
- Interkulturelle Netzwerke
- Netzwerke und Ehrenamt im ländlichen Raum
- Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie.

Im Kern des Programms „E&C“ geht es (wie bei der Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“) um einen Paradigmenwechsel in Politik und Verwaltung. Die Programmplattform „E&C“ geht davon aus, dass die Chancenverbesserung von Kindern und Jugendlichen in besonders belasteten Sozialräumen nicht von der Kinder- und Jugendhilfe allein, sondern im Sinne einer Gemeinschaftsanstrengung „Soziale Arbeit als Koproduktion“ bewältigt werden kann. Dabei kann die Kinder- und Jugendhilfe auf ein „sehr modernes Gesetz“, das SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe, zurückgreifen. Die Kinder- und Jugendhilfe kennt keine Pflicht- oder Kann-Leistungen, vielmehr verlangt es

- die Bedarfsgerechtigkeit der zu gewährenden Hilfen,
- geschlechtsspezifische Angebote und Interventionen,
- ausdrücklich ein Kooperationsgebot mit beteiligten Fachressorts,
- die Verlagerung der Kompetenzen dorthin, wo sie „auftreten“, auf die lokale Ebene und
- die Beteiligung in der Weise, dass es die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes (öffentliche und freie Träger und den Jugendhilfeausschuss, wie Arbeitsgemeinschaften) kodifiziert.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz kennt darüber hinaus

- das Hilfeplanverfahren mit der Beteiligung der Eltern, Kinder und Jugendlichen,

- die Jugendhilfekonferenz als Entscheidungsgremium für die einzuleitenden oder zu gewährenden Hilfemaßnahmen,
- die Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung und die regelmäßige Berichterstattung, wie die Aufstellung von Jugendhilfeplänen.

Nicht nur die Hilfesysteme der Bundesrepublik Deutschland sind versäult (Jugendhilfe, Sozialhilfe, Gesundheitshilfe, Arbeitsamt etc.), sondern auch die Kinder- und Jugendhilfe in sich ist versäult.

Trotz der entwickelten Standards, wie z. B. die Sozialräumlichkeit, das Lebenslagenprinzip etc. sind die Strukturen der öffentlichen Verwaltung, aber auch die Strukturen der freien Trägerschaft zielgruppenspezifisch ausgerichtet, so dass die Hinwendung und Ganzheitlichkeit der Anforderungen an den Sozialraum nicht nur schwierig ist, sondern auf allen Ebenen Strukturveränderungen beim öffentlichen und freien Trägerbereich verlangt.

### **Aufgaben der Regiestelle E&C**

Dies fachöffentlich zu diskutieren, Problembewusstsein herzustellen, auf gelungene und weniger gelungene Beispiele aufmerksam zu machen, ist die Aufgabe der Regiestelle E&C der Stiftung SPI. Wir führen Zielgruppenkonferenzen (Bund-/Länderebene der Fachministerien, der Städte und Gemeinden, der freien Träger und der Quartiersmanager bzw. Jugendhilfe- manager) durch. Die Stiftung SPI, Regiestelle E&C hat Institute beauftragt Regionalkonferenzen durchzuführen, in denen die verschiedenen Zielgruppen, bezogen auf ihr Land und ihre Region, gemeinsam über neue Strukturen und Arbeitsansätze konferieren können.

### **Programmsteuerung**

Darüber hinaus organisieren wir Fachforen zu übergreifenden Themen, wie z. B. die Kooperation Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt oder Kindertagesstätten oder Schulen oder sozialräumliche Jugendhilfeplanung. Dieser öffentliche Diskurs wird begleitet von Werkstattgesprächen und lokalen Unterstützungsaktionen durch die Regiestelle E&C.

Die Programmplattform „E&C“ selbst ist gegliedert in einen Programmbeirat, in eine Steuerungsrunde, an der auch die Bundesanstalt für Arbeit beteiligt ist. Es gibt eine Clearingstellenfunktion zwischen den beiden Programmen „Die Soziale Stadt“ und „E&C“ sowie ein Fachforum der beauftragten Institute/Organisationen sowie die Abstimmung mit den Verantwortlichen für die Programmmodule.

Was ist nun das kinder- und jugendspezifische an der Gemeinschaftsanstrengung der nachhaltigen Entwicklung von sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf/kommunalen Armutslagen?

### **Leitlinien von E&C: Mainstreaming und Partizipation**

Zunächst ist als „Zeitdiagnose“ festzuhalten, dass wir in einer Gesellschaft der Transformation leben. Diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse führen zu Unübersichtlichkeit und Überforderung. Der Strukturwandel wird überschrieben von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft oder auch je nach Denkschulen von der Industriegesellschaft zur postmodernen Gesellschaft.

Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse (Globalisierung) bewirken tiefgreifende Einschnitte und Veränderungen bis in den privaten, persönlichen Bereich. Die „postmoderne Gesellschaft“ kann übersetzt werden in „Risikogesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Zivilgesellschaft“, „Arbeitsgesellschaft“. Diesen Definitionen können wir Fähigkeitsprofile zuordnen:

„Identitätsfähigkeit“, „Lernfähigkeit“, „Beteiligungsfähigkeit“ und „Reproduktionsfähigkeit“. Diese Fähigkeitsprofile sollen in die Entwicklungsziele der Sozialräume aufgenommen werden.

Bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe ergibt sich ein besonderes Problem, denn die Jugend, die Kinder, gibt es nicht. Es gibt „Jung-sein“ fern von Verkultung oder sozialer Bedenken. „Jung-sein“ ist mehr als nur ein Durchgangsstadium. Es ist eine Zeit mit

- eigenen Gesetzen
- eigener Genialität
- eigenen Schwächen
- eigener Wahrnehmung,

mit anderen Worten: Es ist für schnelle Urteile von außen schwer zugänglich.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind aber sehr empfänglich für Respekt und Ernsthaftigkeit.

Das führt uns auf das Mainstreaming der Programmplattform „E&C“ und der Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“, nämlich Partizipation und Koproduktion. Zur Koproduktion der Akteure kommt die Selbstbestimmung im Sinne eigener Expertenschaft der Kinder und Jugendlichen.

Das, was mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ bezeichnet wird, kann nur gelingen, wenn die Betroffenen und in unserem Fall die Kinder und Jugendlichen zu beteiligten Akteuren der Erneuerungsstrategien werden. Diese Beteiligung entspricht der aktuellen Diskussion um den Zukunftsentwurf einer Zivilgesellschaft, die wir als demokratische Teilhabe verstehen und die lebensweltliche Verantwortung, das bürgerschaftliche Engagement und Freiwilligenarbeit umfasst. Partizipation spiegelt die demokratischen Tugenden, wie Selbstbestimmung, Reflexivität, soziale Sensibilität und Solidarität, wie die Ausbildung von Verantwortung wider. Ohne das nachhaltige Einüben von öffentlicher Teilhabe, Mitwirkung und Verantwortungsübernahme ist eine europäische Zivilgesellschaft schlicht nicht möglich.

Partizipation ist deswegen keine neue Methode, um die „Unregierbarkeit“ der Städte im Sinne einer neuen Steuerungsmethode zu heilen, sondern sie ist Ausdruck einer demokratischen Alltagskultur.

## **Quartiers- und Stadtteilmanagement: Möglichkeiten und Chancen sowie Schnittstellen in die Jugendhilfe**

Armut ist längst keine gesellschaftliche Randerscheinung mehr und sie ist, gemessen an der Zahl der SozialhilfeempfängerInnen zum großen Teil weiblich. Die am stärksten wachsende Gruppe der von materieller Armut Betroffenen sind jedoch Kinder und Jugendliche.

Die Entwicklung der Sozialhilfeleistungen in den letzten 10 bis 20 Jahren macht deutlich, dass eine reine Verwaltung von Armut, durch Geldzahlungen an Einzelpersonen keine Normalität individueller Lebensverhältnisse herstellen kann. Programme wie „Soziale Stadt“ und „E&C“ sind Schritte hin zu einem veränderten Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten in unserer Gesellschaft. Die neuen auf Stadt- und Regionalentwicklung orientierten Programme stehen auf der Grundlage einer Politik der sozialen Integration.

Hier heißt es aber bislang noch: Wie kommen wir von der Vision zur Wirklichkeit? Soziale Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen Wirtschaft, Kultur, Soziales und Ökologie braucht „Integrationsinstanzen“. Dies sind Einrichtungen, die sich die Umsetzung von Stadtteil- oder Gemeinwesenmanagement-Konzepten auf die Fahnen geschrieben haben. Sie haben aus einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe heraus den Teil zu übernehmen, der die Restrukturierung von Stadtteilen und Wohnquartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf managt. Jedes Wohnquartier bietet dafür unterschiedliche, ja sogar individuelle wesentliche Ressourcen.

Um Möglichkeiten und Chancen von Quartiers- und Stadtteilmanagement aufzeigen zu können, ist es zunächst wichtig, der Frage nachzugehen, was mit den Begriffen gemeint sein könnte. Das, was seit Ende der 90-er Jahre bundesweit als Stadtteilmanagement ausprobiert wird, hat bisher noch keine einheitliche Definition gefunden. Dies kann vorteilhaft und inspirierend wirken, wenn es jeder Kommune die Chance bietet, ein innovatives Instrument ihrer Politik zu entwickeln. Fehlende Definitionen können bei den Akteuren aber auch Missverständnisse und Widerstände auslösen; ohne klare Zielvorgaben wird die Arbeit in Programmen mit hohen Ansprüchen begonnen, und deren Erfolg lässt sich dann zum Schluss nicht einmal adäquat darstellen. Je nach Berufsfeld, Autor und Region finden wir folgende Definitionsversuche:

- Quartiers- und Stadtteilmanagement wird von StadtplanerInnen als Weiterentwicklung der sogenannten „behutsamen Stadterneuerung“ aus den 80-er Jahren verstanden. Da jedoch die Verantwortlichen für die Umsetzung von Stadterneuerungspolitik meist die gleichen geblieben sind, verbergen sich hinter der neuen Interpretation des Begriffs nicht selten die alten Verfahren staatlich initiiertes Stadterneuerung.
- Stadtteilmanagement wird von *Nerlich und Kirchberg (1998)* als „multidimensionaler, strategisch geplanter stadtentwicklungspolitischer Handlungsansatz zur Erneuerung benachteiligter Stadtviertel“ verstanden, der „Umsetzungsinstrumente jenseits des öffentlichen Sektors einbezieht“.
- *Hinte (1998)* hatte im Stadtteilmanagement die konsequente Weiterentwicklung des „Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit“ und der auf dieser Grundlage entwickelten „stadtteilbezogenen sozialen Arbeit“ gesehen. Der Tradition entsprechend, liegt der Schwerpunkt dieser Interpretation darin, ihn als Instrument in der Vermittlungsarbeit zwischen Bürgern



und Verwaltung zu sehen, während die ökonomische Entwicklung des Quartiers kaum in den Blick kommt.

- Stadtteilmanagement kennzeichnet zudem den Trend der kommunalen Verwaltung, die wachsende Steuerungsunfähigkeit des „lokalen Staates“ (vgl. *Duncan/Goodwin* 1988) mit betriebswirtschaftlich ausgerichteten Managementkonzepten zu kompensieren.
- In den Niederlanden wird dagegen unter dem Begriff „Stadtteilmanagement“ die Arbeit von Bewohnerorganisationen verstanden, die (wie ein Unternehmer in seinem Betrieb) über die Geschicke in ihrem Quartier selbst und eigenverantwortlich entscheiden.

Die TeilnehmerInnen der Tagung werden sicher auch für sich feststellen, dass ihre eigene Beschreibung von Stadtteilmanagement Anteile der hier skizzierten Begriffsannäherungen beinhalten kann; die individuelle Definition wird darüber hinaus aber auch regionalbedingte „Extras“ berücksichtigen.

So unterschiedlich die Annäherung an das, was Stadtteilmanagement sein soll auch ist, Einigkeit besteht darin, dass die strukturellen Ursachen für Armut nicht im Quartier oder bei der Bewohnerschaft selbst zu suchen sind. Damit ergeben sich ganz gezielte Aufgabenstellungen:

- Stadtteilmanagement bekommt die Aufgabe, die bisherigen Handlungsspielräume der kommunalen Ebene zu erweitern und Veränderungspotentiale im System von Politik und Verwaltung sowie bei den BürgerInnen aufzuspüren und sichtbar zu machen.
- Stadtteilmanagement hat die Chance ein bürgerschaftliches Klima zu schaffen, in dem man sich engagieren will.

### Stadtteil –Management

In dem Kontaktstudiengang „Kommunale Gestaltung – Stadtteilmanagement“, der seit 1999 modellhaft an der Evangelischen Fachhochschule in Hamburg durchgeführt wird, entscheiden sich die Studierenden für den Titel „Stadtteil – bzw. GemeinwesenökonomIn“. Als ManagerInnen haben Sie sich weniger gesehen, denn als Akteure in einem Lebensraum, den sie wirtschaftlich, sozial, ökologisch und kulturell mit gestalten wollen.

Der Begriff Management wird i.d.R. damit verbunden, sich an ökonomischer Effizienz auszurichten und weniger auf die Bedürfnisse aller Wirtschaftssubjekte zu achten. Bei der Umsetzung von Managementkonzepten sollte auch der Managementbegriff neu gefasst werden, wenn er in Zusammenhang mit sozialer Stadtentwicklung oder insbesondere mit der Kinder- und Jugendhilfe steht.

Management in Betriebswirtschaftslehre	Management in „Integrationsinstanzen“
Gewinnmaximierung unter optimaler Ausnutzung der Ressourcen	Maximierung der Lebensqualität unter optimaler Nutzung und gleichzeitigem Schutz der Ressourcen
d.h.	d.h.
⇒ Einsatz von möglichst hohem Investitionskapital und wenig Arbeitskraft	⇒ Einsatz von möglichst wenig Investitionskapital und viel Arbeitskraft

Diese Annäherung an unterschiedliche Managementbegriffe zieht die Unterscheidung von Ökonomiebegriffen nach sich. Management in Integrationsinstanzen benötigt ein Handeln, das sich ganz deutlich auf einen Lebensraum bezieht, der überschaubar und identifizierbar für seine Bewohnerschaft ist. Der Handlungsrahmen kann beschrieben werden als Gemeinwesen-Ökonomie, die alle Formen der Produktion und Reproduktion menschlicher Lebensbedingungen, einschließlich der Hausarbeit und der unbezahlten Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft, d.h. in der 'sichtbaren' wie in der 'unsichtbaren Ökonomie', umfaßt: Stadtteil- oder Gemeinwesenmanagement ist darin ein Teil mit unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben.

Gemeinwesenökonomie beinhaltet eine neuartige Aufgabenstellung für das Management im Gemeinwesen, in der gemeinwesenarbeitsbezogene Ansätze mit solchen, die aus der lokalen (gewerblichen) Ökonomie stammen, verbunden werden. Management im Gemeinwesen erfordert das systematische und integrative Erlernen von Kompetenzen organisatorischer, pädagogischer, planerischer, technischer, ökonomischer und nicht zuletzt finanzieller Art.

Die Erweiterung der Gemeinwesenarbeit um ökonomische Elemente bedeutet also nicht nur die Hinzunahme von Fachkompetenz in Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre, sondern eine differenzierte Darstellung und Entwicklung von Handlungsstrategien, die unter kluger Bündelung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, im Sinne des Bedarfs in der Lebensumwelt, zur Umsetzung gebracht werden.

Die Programme „Soziale Stadt“ und „E&C“ eröffnen den betroffenen Quartieren alternative Möglichkeiten und Chancen zu einer positiven Entwicklung. Insbesondere das Stadtteilmanagement kann hierfür einen wesentlichen Beitrag leisten.

**Grundsätzlich soll **Stadtteilmanagement** auf der Quartiersebene  
Rahmenbedingungen für nachhaltige soziale und ökonomische  
Entwicklungsprozesse schaffen**

Das Stadtteilmanagement ist folgenden Leitlinien verpflichtet:

- (1) Alle Projekte, Vorhaben und Strategien gehen von den personellen, räumlichen, finanziellen und institutionellen Ressourcen aus, die im Quartier vorhanden sind.
- (2) Stadtteilmanagement orientiert sich an dem, was im Stadtteil machbar und milieugerecht ist. Es richtet sich nach den vorhandenen baulichen und sozialen Strukturen sowie der gegebenen Nutzungsstruktur.
- (3) Es knüpft an die in der Bewohnerschaft vorhandenen Potentiale, Fähigkeiten und Aktivitäten an und stärkt sie.

Die wesentlichen Aufgaben des Stadtteilmanagements bestehen aus:

### **Stadtteilkoordination**

- ⇒ Aufbau einer lokalen Öffentlichkeitsarbeit
- ⇒ Zusammenführen der lokalen Gewerbetreibenden, Organisationen eines Forums ihrer Probleme und Lösungen
- ⇒ Vernetzen der Interessen(gruppen) vor Ort
- ⇒ Anregen und Aufbauen projektbezogener und dauerhafter Kooperationen

Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches und bedarfsorientiertes Stadtteilmanagement ist die Aktivierung von BürgerInnen, Einrichtungen und Verbänden.

### **Bewohneraktivierung**

- ⇒ Angemessene Formen der Bewohnerbeteiligung finden
- ⇒ Projektträger anleiten, kooperative Beteiligung zu organisieren
- ⇒ Den Nutzen der Projekte im Stadtteil deutlich machen
- ⇒ Möglichkeiten der Unterstützung für Bewohnervertretungen ausloten
- ⇒ Organisationsform (Trägerschaft) für Bewohnervertretungen entwickeln

Stadtteilmanagement benötigt für zielorientiertes und systematisches Arbeiten entsprechende Ressourcen.

### **Projektbegleitung**

- ⇒ Bündeln der Projekte und Projektideen
- ⇒ Bereitstellen von Informationen, die eine Kommunikation zwischen den Akteuren ermöglichen
- ⇒ Moderation der Projektentwicklungsprozesse
- ⇒ Sicherstellen einer guten Kommunikation zwischen allen Projektbeteiligten
- ⇒ Verkürzen der Wege zwischen Projektinitiatoren und Verwaltung
- ⇒ Befähigen der Projektinitiatoren zur Konzepterarbeitung

### **Stadtteilmanagement und seine Schnittstellen zur Jugendhilfe**

Stadtteilmanagement ist für alle Bevölkerungsgruppen da. Schnittstellen, an denen Träger der Jugendhilfe ansetzen können zur Mitarbeit und Kooperation, liegen bei folgenden Aufgaben:

- Einbeziehung der Bewohnerschaft (Partizipation/ Teilhabe)
- Lebensräume erneuern
- Beschäftigungs- und Lernfelder mit Spaß entdecken
- Identifikation statt Stigmatisierung.

## **Schnittstellen in die Jugendhilfe am Beispiel von Kirchdorf Süd in Hamburg**

Die Hochhaussiedlung Kirchdorf-Süd stammt aus den 70-er Jahren, als man noch bedenkenlos „Schlafstädte“ baute – ohne Treffpunkte und soziale Einrichtungen für die BewohnerInnen. Isolation, Vereinsamung, Stress in der Familie und mit den Nachbarn, heruntergekommene Häuser und eine vermüllte Umgebung kennzeichneten schon bald die Siedlung. Seit 1985 werden vom Hamburger Senat Verbesserungsmaßnahmen in Kirchdorf-Süd finanziert, seit 1990 gibt es ein Sanierungsbüro für den Stadtteil. Für Kinder und Jugendliche wurden einige Angebote und Einrichtungen neu geschaffen. Für etwa 1.480 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre gibt es in Kirchdorf-Süd u.a. eine Jugendfreizeitfläche, einen Kinderbauernhof und einen Bauspielplatz. Über das Jugendzentrum werden ca. 250 Jugendliche erreicht. Die MitarbeiterInnen des Jugendzentrums setzten durch ihre Planungsarbeit, die Einbeziehung verschiedener Behörden und den Sanierungsbeauftragten Mittel des Stadtteilmanagements ein. Über das Planungsverfahren „Planen für die Wirklichkeit“ wurden die Jugendlichen und andere interessierte BewohnerInnen in die weitere Entwicklung einbezogen.

*Die Dokumentation des Beteiligungsverfahrens ist zu beziehen beim Jugendzentrum Kirchdorf-Süd e.V., Karl-Arnold-Ring 9, 21 109 Hamburg; Telefon 040 / 754 93 074 Telefax 040 / 754 93 576*

*Benutzte Quelle: „Stadtteilmanagement“ Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Hrsg. Monika Alisch, Leske und Budrich, 1998*

## **Ohne Ehrenamt läuft nichts?! Wunsch und Wirklichkeit – ein Erfahrungsaustausch am Beispiel des Kyffhäuserkreises**

Der E&C-Programmschwerpunkt „Netzwerke und soziales Ehrenamt in strukturschwachen ländlichen Regionen“ läuft bundesweit gerade an. Über einen Zeitraum von drei Jahren stellt das BMFSFJ ausgewählten Landkreisen Fördergelder zur Verfügung, um den Aufbau bürgerschaftlicher bzw. ehrenamtlicher Netzwerke mit und für benachteiligte Jugendliche, zusätzlich zur bestehenden offenen und verbandlichen Jugendarbeit, zu unterstützen. In den neuen Bundesländern wurden insgesamt fünf Landkreise benannt, die sich um die Mittelvergabe bewerben können. Zu den ausgewählten Landkreisen gehören in

- Brandenburg ⇒ Landkreis Uckermark
- Mecklenburg-Vorpommern ⇒ Landkreis Uecker-Randow
- Sachsen ⇒ Niederschlesischer Oberlausitzkreis
- Sachsen-Anhalt ⇒ Altmarkkreis Salzwedel
- Thüringen ⇒ Kyffhäuserkreis.

Bisher haben noch nicht alle Landkreise ihre Anträge bei der Stiftung SPI in Berlin eingereicht, da einige Konzeptionen noch von den regionalen Ratsausschüssen verabschiedet werden müssen.

### **Das Praxisbeispiel Kyffhäuserkreis**

#### Ausgangslage

Der Kyffhäuserkreis ist ein ländlich strukturierter Landkreis mit 52 Gemeinden und Städten in Nordthüringen. Die Bevölkerung hat von 1991 bis 1999 um fast 5 % abgenommen und bewegt sich heute auf einem Niveau von 96.215 EinwohnerInnen (31.12.1999). Die Region ist geprägt von einer hohen Arbeitslosigkeit (die höchste in Thüringen), vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit. Gerade junge Menschen haben wenig berufliche Perspektiven im Kyffhäuserkreis, da es an ausreichenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen fehlt. Verursacht durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der hohen Zahl der Ausbildungsabbrecher und der Zunahme jugendlicher SozialhilfeempfängerInnen ist die Kaufkraft der meisten Privathaushalte sehr gering. Ehrenamtliches Engagement erfordert hingegen gute wirtschaftliche Voraussetzungen der Haushalte. Im Kyffhäuserkreis hemmen die Angst vor Arbeitsplatzverlust, vor finanziellem Ruin und die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soziales Engagement.

#### Jugendfreizeiteinrichtungen

Im Kyffhäuserkreis gibt es aktuell 85 Jugendfreizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Das sind offene Einrichtungen wie Schülerfreizeitzentren, Jugendhäuser, -clubs oder -zimmer, die größtenteils in kommunaler Trägerschaft betrieben werden (55 kommunal, 30 in freier Trägerschaft). Das Jugendamt des Kyffhäuserkreises hat immer die dezentrale Jugendarbeit favorisiert. Im Kyffhäuserkreis liegt die Einwohnerzahl nur in vier Gemeinden über 5.000 Personen. Deshalb muss eingeschätzt werden, dass zentrale Jugendarbeit in Form von Jugendhäusern nur für einen geringen Anteil von Gemeinden sinnvoll ist. Vor dem Hintergrund der sinkenden Geburtenraten werden Kindertagesstätten und Schulen zusammen-

gelegt. Dadurch werden Kinder und Jugendliche ihrem sozialen Umfeld, dem Leben in der Heimatgemeinde entfremdet. Es kann nicht Anliegen der Jugendarbeit sein, diese Entwicklung mit zentralen Jugendhäusern im ländlichen Raum noch zu verschärfen.

### Jugendförderplanung

Ziel der Jugendförderplanung ist es daher, die in der Gemeinde tätigen Vereine, Gruppen und Initiativen besser in die Lage zu versetzen, attraktive Angebote für Jugendliche vor Ort zu entwickeln. Die Verknüpfung von Jugendvereinen mit ortsansässigen Vereinen, wie z.B. Sportvereinen, Freiwilliger Feuerwehr, Kulturvereinen usw. wird angestrebt. Dezentrale Jugendarbeit ist die sinnvolle Möglichkeit der Jugendarbeit im ländlichen Raum, da sie die Jugendlichen in ihrem sozialen Umfeld belässt, das Vereinsleben am Wohnort ergänzt und unterstützt und die Integration der Jugend in der dörflichen Gemeinschaft begünstigt und somit den Wert der Dörfer als Wohn- und Lebensraum fördert. Hierbei muss das Ehrenamt noch stärker unterstützt und ausgebaut werden. Bisher sind in den einzelnen Jugendeinrichtungen vorwiegend MitarbeiterInnen über den zweiten Arbeitsmarkt hauptamtlich beschäftigt (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturmaßnahmen), die i.d.R. kein Interesse haben, ehrenamtliche Strukturen aufzubauen, sondern vielmehr ihren Arbeitsplatz sichern wollen. Dadurch wurde die Herausbildung ehrenamtlichen Engagements sowohl der Jugendlichen selbst als auch der Eltern und Großeltern behindert bzw. gehemmt.

### **Förderprogramm „Netzwerke und soziales Ehrenamt im Kyffhäuserkreis“**

#### **Ziele:**

- (1) Schaffung nachhaltiger Effekte im Sinne der Aktivierung der Selbsthilfebereitschaft der Bevölkerung in ländlichen Gebieten und Schaffung zusätzlichen, dauerhaften, bürgerschaftlichen Engagements
- (2) Anerkennung des bereits geleisteten Ehrenamtes von Jugendverbänden, -vereinen und -initiativen, aber auch Einzelpersonen im Kyffhäuserkreis
- (3) Förderung und Entwicklung neuer Formen ehrenamtlicher Tätigkeit von und für Kinder und Jugendliche im Kyffhäuserkreis
- (4) Anerkennung und Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements von benachteiligten Jugendlichen sowie Entwicklung und Erprobung entsprechender Strategien
- (5) Gewinnung von Multiplikatoren zur Arbeit mit Kindern und jungen Menschen

#### **Zielgruppe:**

- Kinder und Jugendliche zwischen 14 bis 27 Jahren sowie JugendgruppenleiterInnen, die sich in der Kinder- und Jugendarbeit engagieren wollen oder bereits engagieren
- Jugendvereine, -gruppen, -verbände oder Jugendclubinitiativen bzw. freie Träger der Jugendhilfe
- BereichsjugendpflegerInnen in den einzelnen Planungsbereichen des Kyffhäuserkreises

### **Förder-Baustein 1: Jugendhilfepreis**

Zur Honorierung und öffentlichen Anerkennung der bereits geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit wird das Landratsamt / Jugendamt in Zusammenarbeit mit den BereichsjugendpflegerInnen jedes Jahr einen **Jugendhilfepreis** verleihen. Es handelt sich dabei um eine Anerkennung in Form eines symbolischen Preises mit Urkunde. An der Verleihung können teilnehmen: Vereine, Initiativen, Projekte und Einzelpersonen, die durch ihre ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen der Jugendhilfe, in Kultur und Sport Vorbildliches leisten und sich insbeson-

dere auf die ehrenamtliche Tätigkeit mit Kindern und Jugendlichen beziehen. Durch die Verleihung des Preises soll zum einen ein Prozess angeregt werden, durch die die Arbeit bestimmter Vereine, Ehrenamtlicher oder Projekte genauer analysiert und bewertet werden kann. Zum anderen wird dadurch ehrenamtliche Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Verleihung wird durch den Bürgermeister bzw. Landrat vorgenommen und soll auch eine Medienwirksamkeit erlangen, z.B. in der regionalen Presse, im Radio und Fernsehen. Der Preis wird im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung der Jugendhilfetage verliehen. Auf der Grundlage von Bewerbungsbögen können für den Jugendhilfepreis 2001 bis Ende August Anträge beim Jugendamt (Ehrenamtsagentur, siehe Baustein 2) eingereicht werden.

<b>Förderung von Ehrenamt im Kyffhäuserkreis im Jahr 2001</b> (Bundesmittel jährlich ca. 65.000 DM als Vollfinanzierung)		
<b>Jugendhilfepreis</b>  3.000 DM	<b>Ehrenamtsagentur</b>  20.000 DM  Kreisjugendring Kyffhäuserkreis e.V.	<b>Bereichsjugendpflege-Budget</b>  Jeweils 7.000 DM  Sondershausen, Bad Frankenhausen, Roßleben, Artern, Schernberg/Ebeleben, Greußen/Großenehrich

### **Förder-Baustein 2: Ehrenamtsagentur**

Im Kyffhäuserkreis gibt es viele junge Menschen, die sich nicht kontinuierlich ehrenamtlich im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit engagieren können bzw. wollen. Innerhalb der JugendgruppenleiterInnen Schulungen des Kreisjugendringes Kyffhäuserkreis e.V. und des Kreisjugendamtes werden jährlich JugendgruppenleiterInnen ausgebildet, die sich als FreizeitbetreuerInnen in einer Maßnahme der Kinder- und Jugenderholung einbringen. Pro Jahr werden ca. 50 GruppenleiterInnen in jeweils zwei Wochenendseminaren ausgebildet, deren theoretisches Grundwissen und Engagement als Potential in der Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden kann.

Um neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeit zu fördern und um nachhaltige Effekte im Sinne der Aktivierung der Selbsthilfebereitschaft der Bevölkerung zu schaffen, wird eine sogenannte **Ehrenamtsagentur** aufgebaut. Mit Hilfe eines Ehrenamtlichen-Pools soll die Attraktivität des Ehrenamtes im Kyffhäuserkreis gestärkt und JugendgruppenleiterInnen und andere motiviert werden, sich kontinuierlich in der Kinder- und Jugendarbeit zu engagieren.

In der Ehrenamtsagentur wird eine Informationsvermittlungsstelle entstehen, wo Daten über ehrenamtlich Tätige und mögliche Einsatzstellen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit Einverständnis der Beteiligten gesammelt, katalogisiert und gepflegt werden. Darüber hinaus werden regelmäßig Kurse zur Fort- und Weiterbildung angeboten und durchgeführt sowie Informationen über Bildungsreisen und Veranstaltungshinweise an Interessierte weitergereicht. Auf den Ehrenamtlichen-Pool können alle Vereine, Verbände und freien Träger der Jugendhilfe im Kyffhäuserkreis zurückgreifen, wenn sie für bestimmte Projekte oder Maßnahmen (Freizeiten, Aktionen des Ferienspaßprogrammes, Tagesveranstaltungen, außerschulische Bildungsmaßnahmen, Aktionen gegen Rechtsextremismus und Gewalt etc.) Ehrenamtliche benötigen. Es ist geplant, die Ehrenamtlichen über gezielte Ansprachen in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen und anderen Einrichtungen, durch Pressekampagnen und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen.

Bei der Besetzung der Projektleitung geht es allerdings nicht ohne den Einsatz einer hauptamtlichen Kraft: Für den Aufbau und die Organisation der Ehrenamtsagentur wird eine Stelle eingerichtet, die in Zeiten knapper öffentlicher Mittel über eine Strukturanpassungsmaßnahme finanziert werden muss.

### **Baustein 3: Bereichsjugendpflege-Budget**

Der Kyffhäuserkreis ist im Rahmen der Jugendförderplanung in sieben Planungsbereiche gegliedert. In sechs Planungsbereichen wurde hauptamtlich ein/e Bereichsjugendpfleger/in eingestellt. Die BereichsjugendpflegerInnen sind bei einem anerkannten freien Träger der Jugendhilfe, der in der entsprechenden Region tätig ist, eingestellt und werden mit 75 % vom Kyffhäuserkreis und zu 25 % von den Städten/Gemeinden oder Gemeindeverbänden finanziert. Hauptaufgaben der BereichsjugendpflegerInnen sind die Betreuung der Jugendvereine und –verbände in der jeweiligen Region, die Beratung bei Beantragung von Fördermitteln, gemeinsame Projekte anzuregen, durchzuführen und zu koordinieren sowie die Betreuung der einzelnen Jugendclubs und –zimmer.

Der BereichsjugendpflegerInnen wird eine jährlich neu festgelegte Summe (in 2001 sind es 7.000 DM) zur Verfügung gestellt bekommen, um ehrenamtliche Arbeit in der Region zu fördern. Hier soll der Aufbau von Club- oder Hausbeiräten zur ehrenamtlichen Leistung von Jugendclubs und -zimmern oberste Priorität erhalten. Den Jugendlichen soll damit Demokratieverständnis vermittelt werden, sie sollen ihre Interessen mitbestimmen und mitgestalten können. Soziales Engagement, gesellschaftliche Verantwortung sowie die Befähigung zur Selbstbestimmung soll angeregt werden.

Die Fördermittel wird der BereichsjugendpflegerInnen eigenständig vergeben, ohne an eine Richtlinie gebunden zu sein. Die Jugendlichen in den offenen Jugendtreffs können mitbestimmen, was mit den Mitteln angeschafft wird. Gefördert werden Sach- und Investitionskosten, die im direkten Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Arbeit stehen. Darunter fallen insbesondere Materialkosten für Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten, Bastel- und Beschäftigungsmaterial, Reisekosten und Büromaterial.

## **Diskussionspunkte**

Der E&C-Programmschwerpunkt „Netzwerke und Ehrenamt in strukturschwachen ländlichen Regionen“ steht am Anfang. Die beteiligten Akteure hatten zum ersten Mal die Gelegenheit, sich kennenzulernen, ihre Interessen zu formulieren und erste Projekterfahrungen in der Gruppe auszutauschen. Bei diesem ersten Treffen ging es vor allem darum, die unterschiedlichen Interessenslagen zu sammeln. In der Diskussion ergaben sich daraus zwei Informations- und Handlungsebenen:

- (1) **Die formale Ebene:** Alle Erfahrungen, Fragen und Schwierigkeiten, die sich im Rahmen des E&C-Förderprogrammes ergeben, z.B.
  - Finanzierungsstruktur: Es werden ausschliesslich Sach- und Investitionskosten gefördert; es fehlt an der Finanzierung von Personalkosten. Alle ins Leben gerufenen Projekte müssen betreut werden; dies ist nur bedingt über ehrenamtliche Kräfte abzudecken.
  - Förderkriterien: Alle Projekte sollen im Sinne der Nachhaltigkeit angelegt sein. Gerade die ländlichen Gebiete in den neuen Bundesländern leiden unter einer hohen Ju-



gendarbeitslosigkeit und können den jungen Menschen auch in absehbarer Zeit kaum Ausbildungsperspektiven bieten. Die Folge ist, dass vor allem die qualifizierten Jugendlichen über kurz oder lang abwandern werden. Aber wer gewährleistet dann die Kontinuität in der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit?

- Welchen Beitrag kann E&C zum langfristigen Aufbau ehrenamtlicher Strukturen in den neuen Bundesländern leisten? Für die meisten ausgewählten Kommunen ist das E&C-Fördergeld der Anreiz, sich intensiv um den Aufbau ehrenamtlicher Strukturen zu bemühen. Nur mit der „finanziellen Spritze“ können bestimmte Projekte überhaupt ins Leben gerufen werden. Was passiert, wenn die drei Förderjahre vorbei sind?
- Evaluierung: Wie wird die Erfolgskontrolle im Programmschwerpunkt „Ehrenamt“ aussehen? Wer wird die Evaluierung durchführen? Welche Kriterien liegen der Evaluierung zugrunde?

(2) **Die inhaltliche Ebene:** Was bedeutet es, ehrenamtliche Strukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in ländlichen Regionen in den neuen Bundesländern aufzubauen? Dazu einige Schlaglichter:

- „Ehrenamt“ kann in den neuen Bundesländern kaum auf gewachsene Strukturen zurückgreifen. Welche Projektansätze gibt es, bestehende Strukturen zu nutzen und neue aufzubauen?
- Die Übertragbarkeit der Erfahrungen aus den alten Bundesländern auf die Gegebenheiten der neuen Bundesländer wird gering eingeschätzt. Was bedeutet ehrenamtliche Arbeit in den neuen Bundesländern? Wie lässt sich „das Ehrenamt“ in den neuen Bundesländern stärken?
- Einerseits schränken die Beschäftigungsmöglichkeiten über den zweiten Arbeitsmarkt ehrenamtliche Arbeit vielerorts ein. Andererseits besteht die Gefahr, dass professionelle Kinder- und Jugendarbeit durch ehrenamtliche Arbeit ersetzt werden soll. Gibt es einen Mittelweg?
- Wie motiviere ich die BürgerInnen, ehrenamtlich aktiv zu werden? Qualifizierungsmöglichkeiten durch die ehrenamtliche Arbeit eröffnen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Welche Anreize gibt es darüber hinaus?

Die Arbeit in der Gruppe war sehr intensiv und lebendig. Der Überblick über die gesammelten Informations- und Handlungsbedarfe macht deutlich, dass der Erfahrungsaustausch unter den Akteuren „Ehrenamt“ gerade erst begonnen hat. Die angesprochenen Themenfelder verlangen nach einem Fortsetzungsdiskurs, um die aufgeworfenen Fragestellungen weiter bearbeiten und Lösungsansätze ableiten zu können.

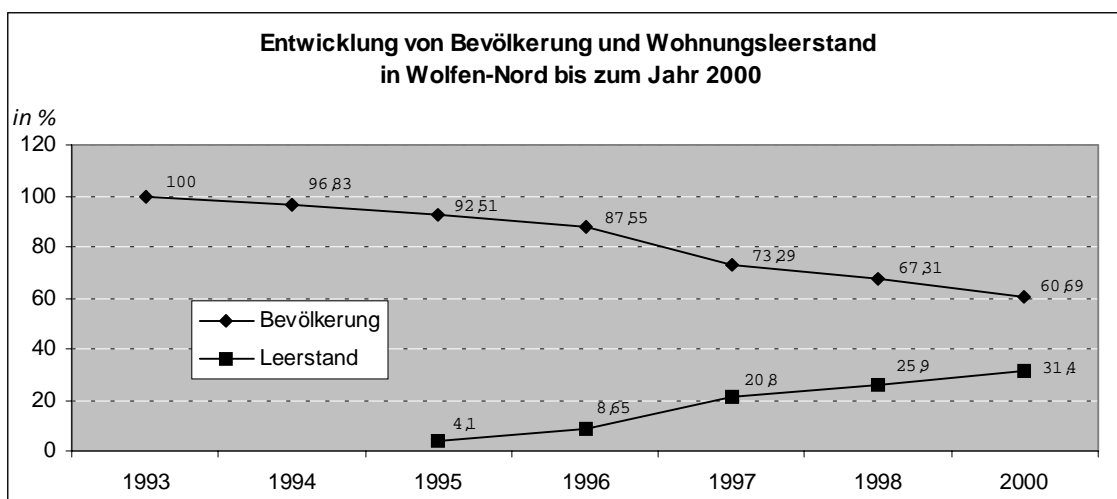
## Quartiers- / Stadtteilmanagement: Wer macht was mit wem? Das Beispiel Wolfen-Nord

### Ausgangslage

Anfang 1989 lebten im Stadtteil Wolfen-Nord etwa 34.000 EinwohnerInnen in mehr als 13.500 Wohnungen. Zwölf Jahre später bietet sich ein völlig anderes Bild. Im Dezember 2000 hatte der Stadtteil noch etwa 18.900 EinwohnerInnen. Mit der Folge, dass derzeit etwa jede dritte Wohnung leer steht.

Stadtteil-Wolfen-Nord	
Entwicklung	Aktuelle Situation
⇒ 1960 Grundsteinlegung – Bau bis 1990	⇒ 18.920 EinwohnerInnen
⇒ 1990 insgesamt 13.595 Wohnungen (WBS 70) in vier Wohnkomplexen	⇒ 4.233 leerstehende Wohnungen (entspricht 31,4 % des Bestandes)
⇒ 1993 ca. 31.200 EinwohnerInnen	⇒ 2.786 Arbeitslose (entspricht 22,1 %)
⇒ 1996 bis 2000 Expo- Korrespondenzregion	⇒ Seit Juni 2000 Abriss von Wohnblöcken

Die Gründe für diesen dramatischen Bevölkerungsrückgang und den damit verbundenen Wohnungsleerstand sind hinlänglich bekannt. Zum Einen stand und steht dem Zusammenbruch der regionalen arbeitskräfteintensiven Industrie ein zu langsamer Aufbau von zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen gegenüber, die oftmals nur einigen Dutzend Menschen Arbeit bieten. Zum Anderen bietet der Wohnungsmarkt eine Vielzahl von Angeboten und Möglichkeiten. Die Anforderungen der Mieter an den Wohnsitz werden zunehmend von dem Preis-Leistungs-Gedanken bestimmt.



Entsprechend hat sich die Bevölkerungsstruktur in Wolfen-Nord gewandelt. Beispielsweise weist der in den sechziger Jahren errichtete Wohnkomplex einen Leerstand von ungefähr 9 % auf. Allerdings beträgt der Altersdurchschnitt der hier lebenden Menschen etwa 55 Jahre. Dagegen findet man in dem zuletzt entstandenen Wohnkomplex einen Leerstand von annähernd 40 %, bei einem Altersdurchschnitt von etwa 32 Jahren.

## Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord (EWN)

Die 1996 gegründete Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord mbH (EWN) hat als Unternehmen der Wohnungswirtschaft und der Stadt Wolfen die Aufgaben

- Handlungsszenarien zu entwickeln,
- Lösungsvorschläge zu erarbeiten und Umsetzungsprozesse zu begleiten sowie
- Finanzierungsmöglichkeiten der Stadtteilentwicklung zu erschließen.

Sie übernahm auch die Koordination der Projekte der EXPO 2000 – Korrespondenzregion Sachsen-Anhalt in Wolfen.

### **Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord**

#### **Aufgaben**

- ⇒ Diskussion und Fortschreibung des städtebaulichen Leitbildes Wolfen-Nord
- ⇒ Initiierung und Begleitung verschiedener Einzelprojekte (u.a. Förderprogramm „Soziale Stadt“)
- ⇒ Bürgerinformation und Öffentlichkeitsarbeit (auch für Projekte und Akteure des Stadtteils)

#### **Gesellschafter**

- ⇒ Stadt Wolfen
- ⇒ Wohnungs- und Baugesellschaft Wolfen mbH
- ⇒ Wohnungsgenossenschaft Wolfen e.G.

#### **Aufsichtsrat**

- ⇒ Mitglieder des Stadtrates (ein Vertreter pro Fraktion)
- ⇒ Wohnungsunternehmen (WBG, WGW)
- ⇒ Bürgerverein Wolfen-Nord
- ⇒ Vertreter der regionalen Wirtschaft (Stadtsparkasse Bitterfeld, Stadtwerke u.a.)

#### **Projektpartner**

- ⇒ Leitbild einschließlich Umsetzung
  - ◆ Planungsbüros
  - ◆ Stadtverwaltung
  - ◆ Ausführungsunternehmen
  - ◆ Politische und wirtschaftliche Entscheider
- ⇒ Öffentlichkeitsarbeit für die Aktionswoche „Genauso anders wir Du“
  - ◆ Akteure vor Ort (Netzwerk „Aussiedler“)
  - ◆ Stadt- / Landkreisverwaltung
  - ◆ Medienvertreter
  - ◆ Ausführungsbetriebe

## Leitbild der Stadtentwicklung in Wolfen-Nord

Unter der Federführung der EWN entstand ab 1996 das städtebauliche Leitbild mit dem Titel: „Von der Schlafsiedlung zum lebendigen Stadtteil“. Damals erwarteten die Prozessbeteiligten, dass in Wolfen-Nord mehr als 20.000 Menschen leben wollen. Das im Jahr 2000 überarbeitete Leitbild geht davon aus, dass künftig etwa 15.000 Menschen in dem Stadtteil leben werden. Da der daraus resultierende notwendige Abriss von circa 5.200 Wohnungen die Erhaltung des Stadtteils in seiner Gesamtheit nicht mehr zulässt, spricht man im neuen Leitbild nur noch „von dem Stadtteil mit lebendigen Wohnquartieren“.

Zum Einen beinhaltet das durch den Stadtrat verabschiedete Leitbild städtebauliche Entwürfe, beginnend von der Wohnraumsanierung über die Umfeldgestaltung bis hin zu den Abrissmaßnahmen. Zum Anderen enthält es ein so genanntes Nachbarschaftskonzept. Dieses besteht aus Empfehlungen und Maßnahmen, die zur sozialen Stabilisierung der Wohngebiete dienen. Die meisten dieser Projekte werden durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt.

Eine Stabilisierung der Wohnquartiere in Wolfen-Nord wird nur dann erreicht, wenn es gelingt, neben den Sanierungs- und Abrissmaßnahmen, auch die vielen sozialen Einzelprojekte dauerhaft zu etablieren. Daneben ist es erforderlich, dass sich einzelne Aktivitäten und Akteure im Sinne einer effizienteren Verfahrensweise vernetzen. Gute Möglichkeiten hierfür bieten die Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 und gemeinsame Veranstaltungen, wie beispielsweise das alljährliche Vereinsfest.

## **Diskussionspunkte**

Einer der Diskussionspunkte in der Arbeitsgruppe bezog sich auf die Transparenz im Quartier: Die verschiedenen Akteure im Stadtteil oder Quartier wissen oft nicht voneinander und von den geplanten Maßnahmen und Projekten. Insbesondere zwischen öffentlichen / kommunalen Institutionen und freien Trägern scheint der Kommunikationsfluss nicht optimal zu funktionieren. Wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Quartiersmanagement ist aber ein funktionierendes Netzwerk, einschließlich der notwendigen Kommunikation. Das heißt, es ist unerlässlich, sich Verbündete im Stadtteil zu suchen.

Der Anspruch auf Bürgerbeteiligung im Quartier ist oft nur unzureichend umzusetzen. Gründe hierfür sind fehlende zeitliche Ressourcen der StadtteilmanagerInnen und fehlende Methodenkenntnisse. Hier bietet sich die Beteiligung an Agenda-Prozessen, sofern vor Ort vorhanden, an. Voraussetzung der Bürgerbeteiligung ist in jedem Falle zunächst eine umfassende Bürgerinformation.

Vor dem Hintergrund der außerordentlich vielfältigen und differenzierten Aufgabenstellungen der QuartiersmanagerInnen, ist deren Zuständigkeitsbereich häufig oder oftmals zu groß. Das hat zur Folge, dass die Verantwortlichen, subjektiv gesehen, vor einer nicht zu bewältigenden Vielzahl von Aufgaben stehen. In Bezug darauf, dass eines der wesentlichen Ziele von Stadtteilmanagement darin liegen muss, das Quartier durch eine positive Entwicklung zu „entstigmatisieren“, ist es unerlässlich über den Stadtteil hinaus zu schauen, und sich als gleichwertiger Partner mit anderen Quartieren zu verbünden. Dieser strukturelle Schritt erfordert auch ein „Management“ für die gesamte Stadt im Sinne einer „solidarischen Stadt“.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Maßnahmen und Projekten von Stadtteilmanagement lassen sich zwei Punkte benennen, die sich im Spannungsverhältnis zur Zielsetzung befinden:

- Wie schaffe ich Vertrauen und Nachhaltigkeit auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsverhältnisses?
- Wie dokumentiere und evaluiere ich Ergebnisse und Wirkungen kommunikativer Prozesse?

Die Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe, die sowohl von freien Trägern als auch aus kommunalen Verwaltungen kamen, machte deutlich, dass das Quartiersmanagement nur gelingen kann, wenn alle Beteiligten willens sind, ihre Perspektiven zu ändern und zu erweitern. Dies ist ein spannender Prozess, der für die Verantwortlichen gleichermaßen herausfordernd wie befriedigend ist.

## **Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen am Beispiel des Kreisdiakonischen Werkes Stralsund**

### **Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) – ein Bundesmodellprojekt**

Ein Netzwerk zur Nutzung von Synergieeffekten:

- ⇒ Das **Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend** mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen (E&C)“.
- ⇒ Die **Bundesanstalt für Arbeit** in Nürnberg
- ⇒ Das **Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen** mit dem Städtebauprogramm „Die Soziale Stadt“ für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf ( Stralsund Grünhufe)
- ⇒ Das **Deutsche Jugendinstitut**, München (DJI)
- ⇒ Die **Stiftung SPI** (Sozialpädagogisches Institut in Berlin)
- ⇒ Der **Europäischer Sozialfonds**
- ⇒ Das **Kreisdiakonisches Werk Stralsund e.V.**

Bezogen auf die Region ist das FSTJ ein Netzwerk der lokalen Programmpartnerschaft in Stralsund, dazu gehören :

- Das Amt für Jugend, Familie und Soziales
- Das Arbeitsamt
- Die Stadterneuerungsgesellschaft SES
- Das Hochbauamt Stralsund
- Das Kreisdiakonische Werk Stralsund e.V.
- Die TÜV-Akademie
- Der Kommunale Sozialdienst
- Die Planer: Arbeitsgemeinschaft der Architekten Fassbender und Steinhagen.

### **Das FSTJ – ein neues Praxis- und Kooperationsmodell**

Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) ist ein neues bundesweites dreijähriges Modellprojekt der Jugendberufshilfe. Ausgehend von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesjugendministerium, die übereinstimmend feststellten, dass es schwer ist, sogenannte Maßnahmekarrieren zu durchbrechen, gab es einen Konzeptionswettbewerb für das Freiwillige Soziale Trainingsjahr. An diesem Wettbewerb konnten sich nur Träger für die Stadtteile bewerben, die zuvor in dem Förderkatalog des Bundesbauministeriums für das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ (Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf) aufgenommen wurden.

Stralsund Grünhufe gehört zu den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Deswegen konnte das Kreisdiakonische Werk Stralsund e.V. am Wettbewerb teilnehmen und gehört zu den 43 GewinnerInnen. Damit gehören in Stralsund pro Jahr auch 25 sogenannte schwervermittelbare junge Erwachsene zu den GewinnerInnen.

## **Das Lokale Qualifizierungsbüro und das FSTJ**

Durch den Sitz des FSTJ im Lokalen Qualifizierungsbüro wird eine Zielsetzung deutlich: Es geht um das Training für die Arbeitswelt und den Erwerb sozialer und beruflicher Schlüsselqualifikationen.

Die Qualifizierungen können sehr unterschiedlich sein. Teilabschlüsse für die Arbeitswelt sind genauso möglich, wie andere Abschlüsse. Folgende Qualifizierungen sind bislang gelaufen, bzw. sind in der nächsten Zeit geplant:

- Gesundheitspass
- Erste-Hilfe-Schein
- Babysitterschein
- Schweißerpas
- Gabelstaplerschein
- SchwesternhelferInnenkurs
- PC-Grundkenntnisse
- PC-Specials
- Veranstaltungstechnik
- Führerschein für Erdbau-  
maßnahmen
- Gesellenprüfung
- Realschulabschluss
- Gruppenleiterausweis.

Im FSTJ geht es darum, auf unterschiedlichen Ebenen Erfolge zu vermitteln und zu organisieren. Dabei ist der Stadtteil entscheidender Ansatzpunkt für Engagement. Wir holen mit dem FSTJ Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Stadtteil, in dem es bislang keine Arbeitsmöglichkeit (außer gemeinnützige Stunden) gab.

Die TeilnehmerInnen der Maßnahme selber haben dem Lokalen Qualifizierungsbüro den Namen QUAST gegeben. QUAST steht für: **QU**alifizierung – **A**rbeit – **So**ziales **T**raining. Als Symbol haben sie in das Türschild einen Quast eingearbeitet: Dem Ganzen neue Farbe geben, Altes übertünchen und wieder frisch aussehen lassen, das zielt auf Lebens- und Arbeitsentwürfe, nicht nur auf die Arbeit im Haus.

### **Arbeit mit Ernstcharakter war eine Bedingung der Ausschreibung zum Wettbewerb**

(Re)Integration in die Ausbildungs- und/oder Arbeitswelt heißt für uns auch Integration in Ausbildungsberufe, Jobs, Hilfsarbeit, Selbständigkeit. Hierfür suchen wir mit den Jugendlichen, die oft nicht mehr daran glauben, dass sie doch noch „eine Schnitte“ abbekommen können, Ansatzpunkte. Ansatzpunkte liegen im Umbau des Hauses, in Praktika bei Firmen, die am Umbau beteiligt sind und in der Wirtschaft, auf Außenbaustellen, in Projekten. Wir arbeiten mit den TeilnehmerInnen nur auf den Außenbaustellen, auf denen deutlich Qualifizierungsmöglichkeiten bestehen.

Auf den Baustellen, zunächst bei uns und dann im zweiten Schritt in den Firmen, lernen die TeilnehmerInnen die Tugenden der Arbeitswelt. Hier erleben sie Erfolge. Die Arbeiten, die wir beim Umbau des Hauses zu leisten haben, sind Teil der Qualifizierung, den die beiden Handwerksmeister leisten. Auffällig ist, dass wir noch keine/n AbbrecherIn der Maßnahme hatten, und das, obwohl wir die ersten sechs bis acht Wochen fast ausschließlich das Haus entkernten. Die Freude darauf, im Haus umzubauen war größer als der Frust, täglich „Tapeten abzureißen“.

Jetzt bauen die Jugendlichen, die mit dem Firmengefühl „Wir FSTJ-ler“ arbeiten, gemeinsam mit anderen Firmen im Haus auf drei Etagen. Zu den Arbeiten im Haus kommen mittlerweile immer mehr Anfragen aus dem Stadtteil. Aus diesen Anfragen machen wir, wenn sie Qualifizierung ermöglichen, Außenbaustellen.

## **Der Start**

Freiwilligkeit ist ein Kriterium des FSTJ. Das bedeutet, dass sich auch das Team um die Gewinnung von TeilnehmerInnen bemühen musste, die dann durch das Arbeitsamt zugewiesen wurden.

Hier konnten wir eine besondere Erfahrung machen: Die beiden Handwerksmeister übernahmen in dem Vorbereitungsmonat Oktober hauptsächlich die aufsuchende Arbeit. Bei den jungen Erwachsenen hatte dies einen besonderen Effekt: Sie "vermittelten" die Meister unter sich weiter „Ich kenne da noch jemanden, können sie den nicht auch besuchen?“

Wir bewerteten die gute Aufnahme des Meisters bei den Jugendlichen so, dass die Meister als die Repräsentanten der Arbeit annehmbar waren, weil sie Arbeit anzubieten hatten und nicht – wie sie es sonst aus der aufsuchenden Arbeit kennen – Hilfe.

So haben wir beides erreicht: Die TeilnehmerInnen stehen wieder in Arbeit und haben die Möglichkeit, ihre Lebens- und Berufswegplanung zusammen mit Vertretern der Arbeit und der Hilfe zu betreiben.

Folgende Seminare haben wir mit den Jugendlichen durchgeführt:

- Zukunftswerkstatt
- Sucht und Sehnsucht
- Exkursionen in die Arbeitswelt.

Folgende Projekte laufen zur Zeit zusätzlich zum täglichen Klein-Klein:

- Kioskprojekt
- Stadtteilfest
- Grafik und Design
- Schrebergartenprojekt
- Veranstaltungsmanagement
- Außenbaustellenarbeiten.

## **Problem**

Wir orientieren die jungen Erwachsenen auf Ausbildung, „Nischen-Arbeit“ oder auf Existenzgründung. Wer sich allerdings für eine Ausbildung entscheidet, hat mit dem Problem zu kämpfen, dass er keinen Ausbildungsplatz in „Arbeit mit Ernstcharakter“ bekommt, es sei denn, wir konnten ihn über die Praktika am Bau in Firmen vermitteln oder seinen Arbeitsmarktwert durch Teilqualifizierung erhöhen. So wird z.B. ein Jugendlicher von uns eher in die engere Wahl eines Betriebes kommen, weil er einen Gabelstaplerschein hat. Die Frage der Nachhaltigkeit für dieses Modellprojekt stellt sich uns und wir arbeiten daran.

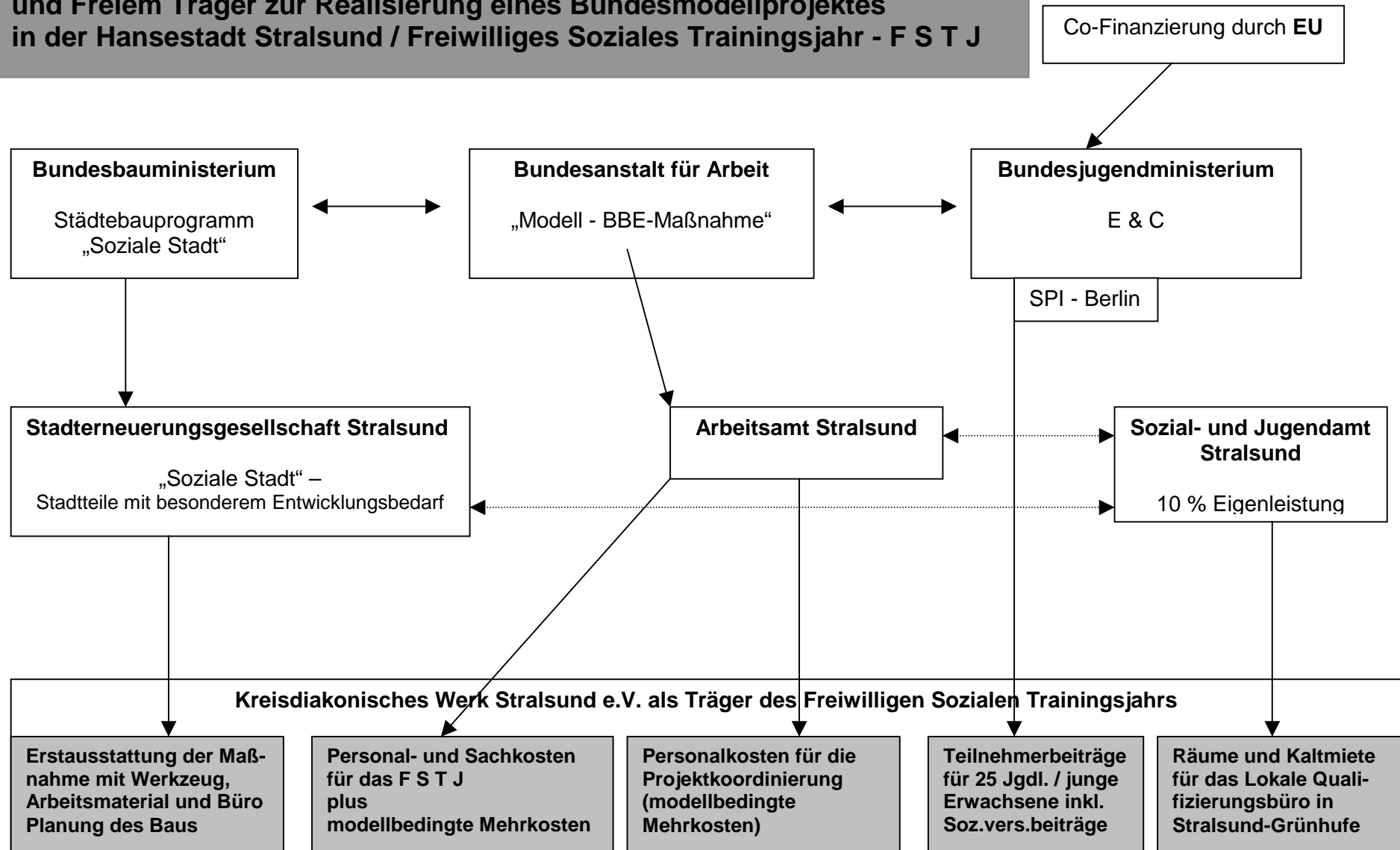
## **Faszinierend und erfreulich**

- Das Arbeitsamt, das maßgeblich Personal- und Sachkosten finanziert, spricht von „unserem“ Projekt.
- Die Stadterneuerungsgesellschaft, die das gesamte Material, Werkzeug und Ausstattung für das Lokale Qualifizierungsbüro finanziert, spricht von „unserem“ Projekt.
- Das Amt für Jugend, Familie und Soziales, dass die Eigenmittel aufbringt, spricht von „unserem“ Projekt.
- Auch wir, die Träger, sprechen von „unserem“ Projekt.
- Am tollsten allerdings finde ich, dass auch die jungen Erwachsenen von „unserer“ Arbeit im eigenen Stadtteil reden.

Das FSTJ scheint wirklich den Rahmen für gelungene Partnerschaften setzen zu können.



**Schaubild einer gelungenen Kooperation zwischen Ämtern und Behörden und Freiem Träger zur Realisierung eines Bundesmodellprojektes in der Hansestadt Stralsund / Freiwilliges Soziales Trainingsjahr - F S T J**



**Die Interessengruppen treffen sich in den Kooperationsverträgen, die der Freie Träger mit den einzelnen PartnerInnen abschließt.**

## Diskussionspunkte

In der Diskussion formulierte Herr Markmann noch einmal deutlich unter welchen Zielsetzungen, Leitlinien und Selbstverpflichtungen des Trägers und seiner MitarbeiterInnen das Projekt steht.

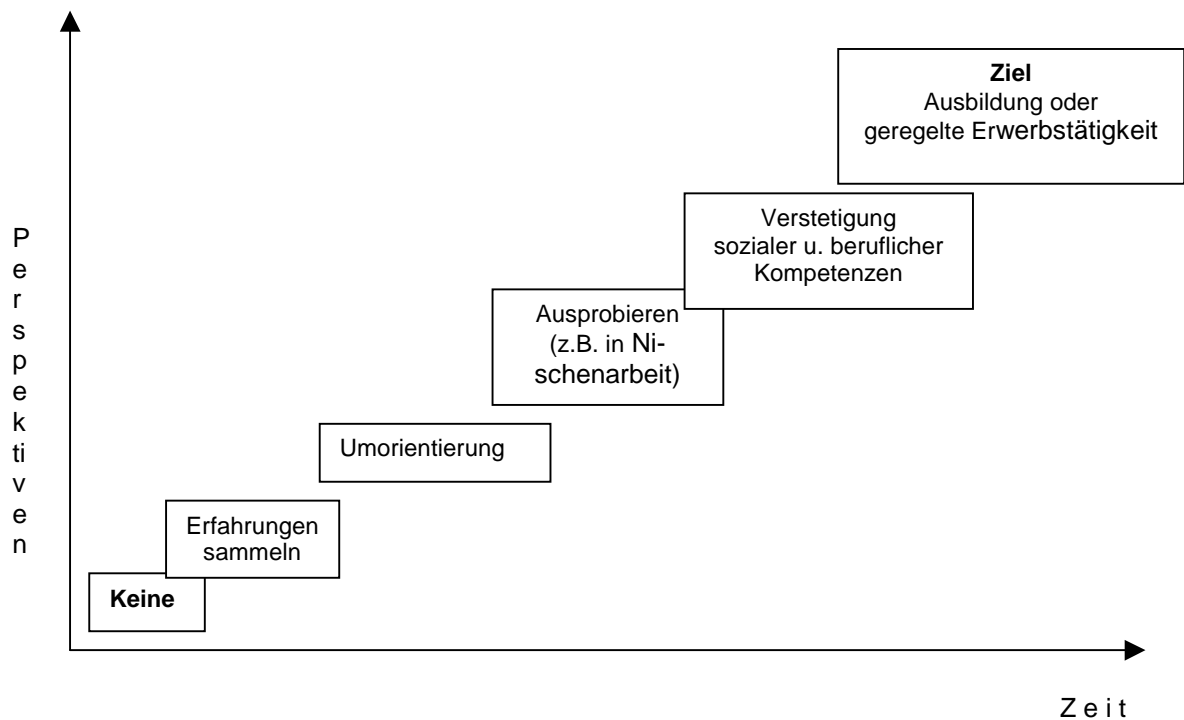
### Leitlinien und Selbstverpflichtung des Trägers:

- Wir bauen mit Jugendlichen ein Haus um
- Wir sind die Betreiber für eine Zukunftswerkstatt des Stadtteils
- Wir betreiben gemeinnützige Außenbaustellen für die Jugendlichen und jungen Menschen
- Wir ermöglichen den Jugendlichen und jungen Menschen externe und interne Qualifizierung
- Wo nötig, bieten wir auch Versorgungsleistungen für die Jugendlichen und jungen Menschen an.

Das Angebot an die Jugendlichen und jungen Menschen geht von folgenden Thesen aus:

- (1) Die konkrete Arbeit ist das Medium der Hilfe
- (2) Der pädagogische Bezug besteht aus Hilfe und Unterstützungsleistungen statt aus Sanktionen
- (3) Wir bieten individuelle Hilfen im Gruppen-Setting.

### Umsetzung und Strukturierung des Projektes



Im Laufe der Diskussion wurde nach dem Geschlechterverhältnis in dem Projekt gefragt: Zu Anfang lag das Verhältnis 50 zu 50 und im Laufe des Projektes veränderte sich das Verhältnis 30 (Mädchen) zu 60 (Jungen). Der Grund hierfür scheint in den begrenzten beruflichen Möglichkeiten, die Mädchen präferieren, zu liegen.

Das FSTJ als Qualifizierungsmaßnahme bezieht sich sowohl auf den Erwerb sozialer Kompetenzen als auch auf den Erwerb beruflicher Qualifikationen. Ausgangspunkt des Projektes ist: „Arbeit erlerne ich am besten durch Arbeit“. Die häufig zu beklagenden mangelnden Kompetenzen im Hinblick auf Disziplin, Durchhaltevermögen und Frustrationstoleranz lassen sich durch ein „Learning-By-Doing“ am besten bearbeiten.

Deutlich wurde, dass der Erfolg dieses Projektes wesentlich davon abhängt, dass es gelingt, Teilqualifikationen in sogenannten Nischen zu ermöglichen. Diese Nischen liegen zum Beispiel in der Wiederbelebung alter Handwerkstechniken. Ebenso muss bei den angebotenen beruflichen Feldern darauf geachtet werden, dass die Qualifikation, die darin erworben wird, auch auf dem örtlichen Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Das bedeutet, dass die mehrheitlich von männlichen Jugendlichen gewünschten Tätigkeiten im Rahmen des Baugewerbes nicht den Bedürfnissen der regionalen Arbeitsmärkte entsprechen. Alternative Berufsfelder liegen in der Hotel-, Reinigungs- und Sicherheitsbranche. Hier muss gemeinsam mit den Jugendlichen eine entsprechende Umorientierung erfolgen.

Die Diskussion, insbesondere mit TeilnehmerInnen aus öffentlichen und Arbeitsverwaltungen machte folgende strukturelle Problempunkte deutlich:

- Das FSTJ bewegt sich in einem Pool von anderen Anbietern und Projekten der Arbeits- und Berufsförderung (Konkurrenz)
- Das FSTJ ist kein Instrument zur Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik
- Das FSTJ ist durch Rahmenbedingungen (zum Beispiel bei der Bezahlung) für manche Jugendliche so attraktiv, dass sie andere Maßnahmen vorzeitig abbrechen.

Grundsätzlich ist das FSTJ als Qualifizierungsmaßnahme im sozialen und beruflichen Bereich zu sehen. Es ist für Jugendliche und junge Menschen, die bislang weder eine Berufsausbildung im dualen System noch eine überbetriebliche Ausbildung oder eine Berufsvorbereitung absolvieren konnten, quasi die „letzte Möglichkeit“, in eine geregelte Erwerbstätigkeit einzutreten.

## **Resümee**

### **Ausgestaltung zukünftiger Regionalkonferenzen Ost**

Im Plenum wurden die wesentlichen Diskussionspunkte der Arbeitsgruppen von den ModeratorInnen vorgestellt. Eine Aufgabe in den Arbeitsgruppen lag darin, zu eruieren welche Wünsche die TeilnehmerInnen in Bezug auf die zukünftigen Regionalkonferenzen haben. Es wurde nach inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen an die Regionalkonferenzen gefragt. Zusammenfassend läßt sich folgendes formulieren:

- In künftigen Regionalkonferenzen soll noch mehr in kleineren Arbeitsgruppen diskutiert werden
- Der Praxistransfer soll positive, negative und besonders innovative Projekte vorstellen
- Parallel zur Konferenz wäre ein „Markt der Möglichkeiten“ wünschenswert
- Die länderspezifischen Förderrichtlinien und –programme sollen durch MinisteriumsvertreterInnen ausführlich vorgestellt werden
- Der Austausch mit den VertreterInnen der Institutionen, die mit der Evaluierung der E&C-Programmschwerpunkte beauftragt wurden, sollte ermöglicht werden.

Die VeranstalterInnen werden versuchen, die Anregungen und Wünsche in den kommenden Regionalkonferenzen Ost umzusetzen.

# Tagungsprogramm

Regionalkonferenz Ost am 11. Juni 2001 in Dessau

**9.30** Anreise und Stehkafee

**10.00 Begrüßung und Einführung in die Tagung**

*Annegret Zacharias,*

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Landesbüro Thüringen/  
Sachsen-Anhalt in Jena

**Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau**

*Hans-Georg Otto*

**10.15 Politische Einordnung des Programms E&C**

*Peter Kupferschmid,*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Bonn

**10.30 Die Programmphilosophie E&C**

*Hartmut Brocke,*

Stiftung SPI in Berlin

**11.00 Diskussion mit beiden Referenten zum Bundesmodellprogramm E&C**

**11.30 Quartiers- und Stadtteilmanagement: Möglichkeiten und Chancen sowie Schnittstellen in die Jugendhilfe**

*Brigitte Voß,*

Fachhochschule des Rauhen Hauses in Hamburg

**12.00** Mittagspause

**13.00** Vorstellung erprobter Praxisbeispiele in Arbeitsgruppen

**Arbeitsgruppe 1: Ohne Ehrenamt läuft nichts!? Wunsch und Wirklichkeit – ein Erfahrungsaustausch**

*Sabine Bräunicke,* Jugendamt Kyffhäuserkreis, Sondershausen

**Arbeitsgruppe 2: Quartiers- / Stadtteilmanagement: Wer macht was mit wem?**

*Uwe Lummitsch,* Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord (EWN)

**Arbeitsgruppe 3: Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen**

*Axel W. Markmann,* Kreisdiakonisches Werk Stralsund

**15.00** Kaffeepause

**15.30** Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse

**Vereinbarungen zur Durchführung der nächsten Regionalkonferenzen**

**16.00** Ende der ersten Regionalkonferenz Ost

Veranstaltungsort: Hotel Fürst Leopold, Dessau